

Zum Schulstreik in Plauen

Von der gestrigen großen Protestversammlung der katholischen Eltern Plauens in den Bentwälden, in der Herr Reichsanwalt Dr. Hille-Dresden sprach, geht uns folgendes Stimmungsbild an:

Der 20. September 1920 war für die Plauer katholische Schulgemeinde wieder ein Großtag erster Ordnung. Man muß die Stimmungen miteinleiten haben, um sich vorzustellen, was der Schulstreik in Plauen bedeutet. Am besten gekennzeichnet wird schon die Lage durch die Tatsache, daß die Unabhängige Sozialdemokratie mit nachgedruckten, also gefälschten Eintrittskarten sich in Stärke von vielleicht 50 Leuten Eingang in den Saal verschafft hatte und zwar, als sie durch die Einlassung zurückgewiesen wurden, mit Gewalt. An ihrer Spitze war der Stadtverordnete Hofmann erschienen. Das Ziel des Aufzuges war die Versammlung zu verstoßen, und nur der formvollendeten Sachlichkeit vor allem des Reichsanwalts, Herrn Reichsanwalts Dr. Hille, war es zu danken, daß die Versammlung bis zu Ende, und zwar mit glänzendem Erfolge, durchgeführt werden konnte. Die meisten veranfaßten die Gäste einen fünf Minuten anhaltenden gemeinsamen Värm, während ihre Genossen im Saale umherliefen und die bleibenden katholischen Mütter, die für ihre Kinder im Streik seien, durch Drohungen einzuschüchtern suchten. Einen Stoßtrupp von Rednern, in erster Linie ihren Genossen Hofmann, schickte sie vor, um mit den bekannten Anschuldigungen und Beschuldigungen Sturm zu reizen. Bezeichnend war, daß sie auf die Karten Reichsanwalts des Referenten nicht mit einer Silbe zu erwidern vermochten. Dabei sollten Rednerinnen über die hochwichtigen Mütter das Gefühl der Frauen packen, lösten aber bei der weiblichen Zuhörerschaft nur stümperhafte Seltsamkeiten aus. Die im Stadtverordnetenrat vorbereiteten Anträge über die katholischen Schulen Plauens wurden durch Herrn Direktor Schindler restlos abgelehnt. Hinter unserem Streik steht das Bewußtsein des Rechtes. Nicht ein Erfolg war den generischen Mätern beschieden. 602 Kinder befinden sich im Streik, das ist ein millionenwertiges Gut. Und es werden alle, das sind wir gewiß, fortfahren, bis die Sieg erlangt ist. Schon kümmert im Osten die Regierung, daher die Angst, daß der Herr Reichsanwalt von Plauen!

Dresden. In ihrer Monatsversammlung am 20. September hat die Ortsgruppe Dresden-Neustadt des Volksvereins f. d. kath. Deutschland v. n. Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Fiescher-Klein als Redner gewonnen. In fast einhelligem Einverständnis wurde die Rede zur Sprache gebracht. In fast einhelligem Einverständnis wurde die Rede zur Sprache gebracht. In fast einhelligem Einverständnis wurde die Rede zur Sprache gebracht.

Die zu vielen Hunderten im Volkshaus zu Dresden-Neustadt am 20. September 1920 versammelten Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland, Ortsgruppe Dresden-Neustadt, gedenken bewegen Herzens ihrer Glaubensgenossen in Plauen i. V., die im heißen Kampfe um die durch die säkularisierte Regierung bedrohten katholischen Volksschulen zugleich die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes und die Gewissensfreiheit verteidigen. Möge die Versammlung auch den praktischen Erfolg haben, daß sie unsere großen katholischen Brüder den Weg des Erfolges ebnen.

Dichtmann. Das katholische Kasino zu Dichtmann hat in seiner Versammlung vom 19. September einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Mitglieder des Kasinos sind stolz auf ihre Glaubensgenossen in Plauen, die um ihre Schulen so entschlossen kämpfen. Mit Recht kann die katholische Schule in Dichtmann als ein Wahrzeichen angesehen werden. Die katholische Volksschule in Plauen ist ein Wahrzeichen der katholischen Kirche in Plauen. Die katholische Volksschule in Plauen ist ein Wahrzeichen der katholischen Kirche in Plauen.

Zur Brüsseler Finanzkonferenz

Befürchtungen

Berlin, 20. September. Die deutschen Delegierten für die Brüsseler Finanzkonferenz von Glasenapp und der Geschäftsführer der Diskontogesellschaft Direktor Urbig bezogen sich am Mittwochabend nach Brüssel. Staatssekretär Bergmann begibt sich von Paris aus dort hin. Direktor Urbig erklärte einem Vertreter der „Nationalzeitung“, in Brüssel werde in erster Linie betont werden müssen, daß die erste Phase einer finanziellen Gesundung des Deutschen Reiches die Festsetzung der Entschädigungssumme ist. Die Weltwirtschaft, von der in Brüssel auch gesprochen werden sollte, hält Urbig für eine Utopie. Es sei sehr wahrscheinlich, daß auch eine internationale Anleihe an Deutschland in Brüssel zur Sprache kommen werde. Aber er habe nicht viel Hoffnung, daß die Anleihe zustande kommen werde. Allzu rosig seien die Aussichten für Brüssel nicht, besonders, wenn man in Betracht ziehe, daß wir von der eigentlichen Lebensfrage Deutschlands, der Entschädigungsfrage, kaum werden sprechen dürfen und daß gerade zur Zeit gerade unsere Valuta wieder im Enken begriffen ist. Für eine dauernde Gesundung unserer Valuta seien zwei Voraussetzungen erforderlich, die zum Verzicht der Brüsseler Konferenz gehörten. Die erste sei, daß wir einmal unsere ausländischen Zahlungsbilanz kennen, das also die Summe der Reparationen endlich festgesetzt werde. Um die Goldzahlungen bewältigen zu können, müßten wir uns eine entsprechende Goldreserve beschaffen. Wir müßten unsere Produkte zum Weltmarktpreis absetzen können, darunter natürlich auch unsere Kohle. Wenn es auch möglich sein sollte, daß über diese erste Voraussetzung zu einigen, so blieben noch die beiden Schwierigkeiten, vor allem die Banknoteninflation, die wir immer im Nachhinein verfolgen sei und weiter steigen dürfte. Die Lösungfrage bedinge die Ausgabe immer neuer und neuer Noten und wenn erst das Reich mit der Ausgabe der Entschädigungssumme für jene deutschen Staatsbürger bestimme, denen im Auslande ihr Eigentum beschlagnahmt wurde, dann würde die zu zahlende Summe eine weitere Steigerung des Notenumlaufes zur Folge haben. Die Zwangsanleihe hält Urbig in diesem Augenblicke, wo die Sicherung des Notenumlaufes noch nicht endgültig geboten ist, für ein sehr gewagtes Experiment. Für ebenso gewagt würde er die Festsetzung einer neuen Münzparität halten, so lange der Markkurs zwischen Schwankungen ausgeartet ist. Nur eine Reproduktion

und eine damit verbundene Sparanleihe in der Lebensführung könne Deutschland helfen. So lange diese beiden wichtigsten Voraussetzungen nicht erfüllt seien, könne kaum eine dauernde Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens eintreten.

Programm der Verhandlungen

Berlin, 20. September. Die Brüsseler Finanzkonferenz wird die Vertreter von 29 Staaten umfassen. Jede Delegation wird einen Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage ihres Landes, über ihr Budget und über die Valuta geben. Jeder Delegierte wird eine Viertelstunde zur Verfügung haben, um seinen Bericht zu begründen. Drei Kommissionen werden daraus gebildet, die sich mit den Krediten der Staaten, mit dem monetären Gleichgewicht und schließlich mit der Valuta in Privatbanken und mit dem Einfluß des Exportes und Imports auf die Finanzlage beschäftigen werden. Eine andere Kommission wird die Maßnahmen studieren, die zu ergreifen sind, um für jeden Staat den internationalen Kredit wiederherzustellen.

Frankreichs Unverträglichkeit

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Basel, 21. September. Nach einer Meldung soll Schweden angeklagt haben, daß es aus dem Völkerbund ausscheide, wenn Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen werden würde. In politischen Kreisen nehme man dieser Drohung gegenüber eine ungewisse Haltung an. Würde in den Verhandlungen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund entgegen den Wünschen Frankreichs, daß Deutschland erst nach greifbaren Garantien seiner guten Absichten zum Völkerbund zugelassen werden soll, dennoch aufgenommen, so werde Frankreich aus dem Völkerbund auscheiden. Frankreich sei entschlossen, unter keinen Umständen neben Deutschland im Völkerbund zu sitzen, selbst wenn die erforderliche zwei-drittel Mehrheit für die Aufnahme zustande käme.

Deutschland und der Völkerbund

München, 20. September. Münchener Telegramme bestätigen, daß Italien offiziell den Antrag an den Völkerbund gestellt hat, die Verhandlungen für den Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund fortzusetzen und den beiden Staaten beizutreten.

Willerand Präsidentschaftskandidat

Paris, 20. September. (Kavas.) Willerand hat, dem Wunsch der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen.

Basel, 20. September. Wie aus Mailand gemeldet wird, hat der leitende Ausschuss der sozialistischen Kamerengruppe beschlossen, von dem Ministerpräsidenten die schnelle Einberufung der Kammer zu verlangen.

Beschluß in der Saarregerung

Paris, 20. September. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Sitzung das Rücktrittsgesuch des Herrn von Bach angenommen und an seiner Stelle den früheren Bürgermeister von Sarrelouis Dr. Dector zum Mitglied der Saarregerung ernannt.

Cupen und Malmedy verloren

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Köln, 21. Sept. Wie die Kölnische Zeitung meldet, hat der Rat des Völkerbundes die deutschen Kreise Cupen und Malmedy Belgien zugesprochen. Reichsminister war der Reaktionäre Besatzung, der die Ablehnung des Verlangens der deutschen Regierung nach Prüfung der Ablehnungsgedächtnis vorzulegen. Die Entscheidung sollte am Sonntag Morgen in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden. In Belgien war man auf diese Entscheidung vorbereitet. Die Bürgermeister waren angewiesen, sie durch Blockaden und Plünderungen zu verhindern. Dem Oberkommandierenden in den belgischen Kreisen ist der Vorantief verliehen worden.

Der russische Heeresbericht

Moskau, 20. September. Im Abschnitt Kobryn werden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge fortgesetzt, wobei wir Maschinengewehre eroberten. Im Abschnitt Kowno haben blutige Kämpfe mit den vorrückenden Feinden statt. Im Abschnitt Dubno kämpften unsere Truppen tapfer mit dem Feinde, der nordwärts von Dubno vorrückte. Im Krimgeliet und im Abschnitt Orschow bauern die Besetze mit der feindlichen Artillerie an.

Polnischer Heeresbericht

Warschau, 20. September. Der polnische Generalkommandant vom 19. d. M. meldet, daß die Polen bei der Verfolgung des Feindes nach schweren Kämpfen die Orte Husiatyn, Trembowla, Olesow, Tarnopol und Orschow genommen haben. Polnischen Abteilungen gelang es auch, Dubno zu besetzen. In der Richtung auf Kowno wurde eine bolschewistische Abteilung auf Kobryn verdrängt. Sehr bedeutende feindliche Kräfte werden am Njemen und an der Szwara zusammengezogen. Westlich von Sejny verhalten die Litauer ihre Stellungen. Heute früh beschossen die polnischen Patrouillen Karalin in der Nähe des Weißen Sees.

Zu den polnisch-litauischen Verhandlungen

Kowno, 20. Sept. Die litauische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß die litauischen und polnischen Delegationen Kowno verlassen haben, da die Polen auf ihrer Forderung, die Litauer sollten sich auf die Hoch-Gemeneau-Büste zurückziehen, bestanden und den litauischen Vorschlag, eine neutrale Zone zwischen beiden Armeen zu errichten, ablehnten. Indessen sind die Verhandlungen ansehnend nur unterbrochen, da der polnische Außenminister Sapieha bei der litauischen Regierung durch Hantsch wegen Fortsetzung der polnisch-litauischen Verhandlungen in Riga angefragt hat. Auch der Völkerbundrat ist für die Fortsetzung der Verhandlungen und wünscht, daß bis dahin Kampfhandlungen unterbleiben möchten. Namens Litauens hat sich Wolodmar damit einverstanden erklärt. Paderewski hingegen teilte mit, er könne erst heute sich antworten.

Die Volkserosierung der Ukraine

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Riga, 21. Sept. Wie die lettische Telegraphen-Agentur Larnow meldet, hat der Kampf der Bolschewisten gegen die ukrainische Behörde den Höhepunkt erreicht. Die ukrainische landwirtschaftliche Organisation Dnjeprosow wurde in eine Arbeiterkommunistenvereinigung verwandelt. 50 ihrer früheren Mitarbeiter wurden erschossen. Vorantief der ehemaligen ukrainischen Finanzminister Ralimow und Direktor der Obescher Diskontobank Georgidja.

Unruhen in Ostgalizien

Moskau, 20. Sept. Nach hier eingetroffenen Meldungen sind in Ostgalizien Unruhen ausgebrochen. Die russischen Behörden haben in den Karpaten starke Streitkräfte zusammengezogen und versuchen die Bahnhöfe Lwowitschna-Stryl-Stanislaw zu besetzen. Sie schien überall ukrainische Verwaltungen ein.

Eine Depesche Tschitschewins

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Haag, 21. Sept. Aus London wird gemeldet, die Pariser Blätter geben eine dramatische Depesche Tschitschewins an Dimitroff wieder, die folgendermaßen lautet: Da Lloyd George die politischen Verhandlungen mit Russland abgebrochen hat, kann er sich nicht darüber beklagen, wenn sich in Asien eine große Bewegung gegen England zeigt. Auf dem Kongreß der baltischen Völker in Waku hat Snowlow den heiligen Krieg gegen den Imperialismus proklamiert.

Zum Bergarbeiterstreik

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Amsterdam, 21. September. Aus London wird gemeldet, die neue Woche der Unterhandlungen zwischen den Bergarbeitern und dem Board of Trade beginnt hoffnungsvoll. Die Bergarbeiter hatten einen Streik nicht mehr für wahrscheinlich.

Bolschewistische Propaganda in Ostasien

London, 20. September. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ sind die Bolschewisten im Begriff, eine Propaganda im äußersten Osten zu entfalten, ganz besonders in Hollandisch-Indien und auf Java. Große Mengen russischer Goldes seien unter dem Vorwand, daß sie für wirtschaftliche Transaktionen dienen sollten, durch Vermittlung gewisser Amsterdamer Banken von Norwegen nach Java geschickt worden. Auch diese Summe soll auf dem Wege über Amsterdam in kleinen Postpaketen nach Java geschickt werden. Gleichzeitig verlautet, daß General-Bascha zur Teilnahme am Kongreß der Ostländer in Waku eingeladen ist.

Einigung in Italien

Rom, 20. Sept. Durch Giolittis persönliche Vermittlung kam nach fünfständiger Beratung ein Abgleich über die Differenzen in der Metallindustrie zustande, und zwar auf folgender Grundlage: Die Arbeiter müssen die bestrittenen Fabriken räumen. Die Industriellen werden die vereinbarte Lohnerhöhung ab 15. Juli, sowie die ersten Kautschokonten bezahlen, jedoch nicht die Belegungs-Gehalts-Gehalts während dieser Zeit geleistete Arbeit, wodurch der verursachte Schaden ausgeglichen werden soll. Bei der Mahnungsforderung begünstigen die Industriellen die Arbeiter, indem sie auf die Befristung der Schulden verzichten. Giolitti schlug vor, die einzelnen Fälle parlamentarischen Kommissionen zur Entscheidung zu überweisen. Als die Industriellen nach kurzer Sonderberatung erklärten, sie könnten dies nicht freiwillig annehmen, wurden sie aber einem vom Staat ausgehenden Zwange folgen, erklärte Giolitti, er übernehme die Verantwortung. Damit ist die Angelegenheit beigelegt, doch wird die Räumung der Fabriken einige Tage in Anspruch nehmen.

Kopenhagen, 20. Sept. „Politiken“ meldet: Der Kongreß der italienischen Arbeiter hat 24 Punkte angenommen, die der Regierung überliefert wurden: Kontrolle des Arbeitertages über die Einfuhr aller Rohstoffe, Kontrolle des Verkaufes der fertigen Produkte. Der Arbeiterrat bestimmt den Preis der fertigen Produkte. Er hat die Oberaufsicht in Lohnfragen. Er bestimmt den Platz, den jeder Arbeiter in der Fabrik einnehmen darf. Er bestimmt alle Arbeitsvorschriften. Im Reich die Kontrolle aller Ausgaben zu. Er entscheidet über den Ankauf neuer Maschinen. Er setzt die Höchstgrenze des Verdienstes der Direktoren fest.

Paris, 20. Sept. Laut „Echo de Paris“ sind in Brescia die Carabinieri-Infanterie und in Turin eine chemische Fabrik, die sich noch in den Händen von nicht-revolutionären Arbeitern befindet, von roten Garben gekümmert worden.

Berlin, 20. Sept. Das deutsche Konsulat in Mailand hat als erstes deutsches Konsulat wieder seine Tätigkeit aufgenommen.

West in Fiume

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Rom, 21. Sept. Die römischen Blätter melden den Ausbruch der West in Fiume. Die Maßnahmen werden getroffen, um die Ausbreitung zu verhindern. Bisher sind nur wenige Opfer zu beklagen. Die Krankheit wurde aus dem schwarzen Meer eingeschleppt.

Jugoslawien und Italien

Belgrad, 20. September. Ministerpräsident Trumbitsch erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen in der Adriafraße bisher erfolglos geblieben seien. Jugoslawien werde die von einem Abenteuerer verübte Unabhängigkeit der Stadt Fiume nicht anerkennen. Die Regierung bestreite, daß bei der italienischen Regierung der gute Wille bestehe, die Verhandlungen über die Verteilung der österreichischen und ungarischen Handelsflotte fortzusetzen und zu beenden.

Die Explosion in Neuyork

Nach einer New Yorker Meldung des „New Yorker Herald“ ist am Sonntagabend ein ähnlicher Bericht über das Explosionsgeschick vor dem Morganischen Bankhaus veröffentlicht worden, der die Zahl der Toten auf 41, die der Verletzten auf 76 und der Leichtverletzten auf 213 angibt. Von den verhafteten Mitgliedern des kommunistischen Arbeiterbundes haben zwei ein teilweise Geständnis abgelegt, das das Ereignis als politisches Attentat anwarthält. Die Zahl der Verhafteten ist auf elf gestiegen, unter ihnen befinden sich zwei Frauen und drei Russen.

Französische Ablehnung der 3. Internationale

Paris, 20. September. Wie die Blätter aus Marseille melden, haben die Vertreter der Parteiführer Syndikalistischen den Anschluß an die 3. Internationale abgelehnt.

Zum Wiederaufbau Frankreichs

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“) Amsterdam, 21. September. Aus London wird gemeldet, das Komitee des britischen Hilfsbundes für die zerstörten Gebiete Frankreichs kündigt an, daß bereits 27 französische Städte und Dörfer in britischen Gemeinden adoptiert worden sind.

Forderungen deutscher Kolonisten

London, 20. September. Die „Times“ meldet, daß die deutschen Kolonisten des ehemaligen Deutsch-Südwestafrika dem General Smuts, der sich auf einer Inspektionsreise durch Südwestafrika in Windhuk befand, eine Denkschrift überreichte. In der sie erklärten, eine Verwaltung Deutsch-Südwestafrika als Teil der südafrikanischen Union würde eine Verletzung des Friedensvertrages bedeuten und den einmütigen Wünschen der Einwohner widersprechen, die nicht in die Kolonialpolitik der Union hineingezogen zu werden wünschten. Die Denkschrift fordert die Fortsetzung deutscher Einrichtungen, die Zulassung deutscher Kultur, die Rückkehr der unter Kriegrecht entführten Deutschen nach Südwestafrika, die Errichtung eines deutschen Konsulates, die deutsche Amtssprache und die Beibehaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches, da die Einführung des in Südwestafrika gültigen römisch-holländischen Rechts einen Rückschritt um Jahrhunderte bedeuten würde. In seiner Antwort auf die Denkschrift erklärte Smuts, die Deutschen sollten es für immer aufgeben, um Unterstützung und Hilfe nach Deutschland auszusuchen. Sie müßten einsehen, daß ihr Schicksal von nun an unaufheblich mit dem der Union verknüpft sei.

Wiederaufnahme der deutsch-lettischen Beziehungen

Berlin, 20. Sept. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland sind am 20. September aufgenommen worden. Der Vertreter der lettischen Republik Schreiner dürfte demnächst hierher überfiebern.

Die Kommunisten der Tscheko-Slowakei

Prag, 20. September. Nach Befragung der Truderei und der Redaktion des „Pravo Lidu“ führten die Kommunisten einen neuen Kampf in der Presseabteilung der Partei aus, der auch die Arbeiterbuchhandlung untersteht. Hier konstituierte sich gestern ein Arbeiterrat und besetzte sämtliche Räume des Unternehmens. Die Leitung der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei rechnet mit einer dauernden Scheidung und richtet eine neue Redaktion für den „Pravo Lidu“ ein. Ein Kurat des Volkskongresses der Prager Arbeiter bestimmt, daß der geplante sozialdemokratische Parteikongreß vom 26. zum 28. September in Prag stattfinden. Demgegenüber beharren die Kommunisten bedingungslos auf der Abhaltung eines besonderen Kongresses am 28. September 1920 in Radno.